



Pressemitteilung

10. Juni 2009

Zukunftsrat Hamburg fordert:

Nachhaltigkeit muss Chefsache sein

Am 9. Juni Abend hatte der Zukunftsrat Hamburg zu einer Diskussionsveranstaltung mit ExpertInnen vom Bund, aus Berlin und Wien eingeladen. Thema: „Wie kann die geplante Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie gelingen?“ Nach Betrachtungen der unterschiedlichen Modelle in verschiedenen Städten und Bundesländern bleibt als Fazit: Nachhaltigkeit muss Chefsache sein und braucht ein ressortsübergreifendes Verfahren, welches in Konsultation mit den gesellschaftlichen Akteuren erarbeitet wird. Das oberste Motto: Man kann nicht alle Nachhaltigkeitsprobleme lösen, aber man kann alle Probleme aus Nachhaltigkeitssicht lösen.

Andrea Binder-Zehetner vom Verein Lokale Agenda 21 Wien stellte das Wiener Modell vor, welches in den einzelnen Bezirken mit direktem Kontakt zu den Bürgern im Beteiligungsverfahren Agenda21-Projekte entwickelt. Nachhaltigkeit wird hier verstanden als „besser leben vor Ort“. In der Diskussion mit den Hamburger Akteuren wurde deutlich, dass es ähnliche Initiativen in den Hamburger Bezirken gibt, z.B. in Altona, in Niendorf und in Harburg. Dieses Modell der bottom-up-Strategie ist aber wenig geeignet, um im Stadtstaat Hamburg eine übergreifende Strategie für nachhaltige Entwicklung mit einem globalen Referenzrahmen zu entwickeln. Die intensive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort bedingt langwierige Prozesse, die für unmittelbare Probleme „vor der eigenen Haustür“ geeignet sind. Für die Arbeit auf Länderebene ist sie allerdings weniger geeignet.

In Berlin gibt es andererseits einen gut strukturierten, umfassenden Senatsbeschluss zur nachhaltigen Entwicklung, der als übergreifende Strategie angelegt ist. Allerdings hapert es hier an der Umsetzung, da die zentrale Strategie durch gesellschaftliche Akteure kaum getragen wird. Sie ist auch politisch stecken geblieben.

Albert Statz, ehemaliger Referatsleiter Nachhaltigkeit im Bundesumweltministerium, wies darauf hin, dass eine Landes-Nachhaltigkeitsstrategie an oberster Stelle angesiedelt werden muss, um von dort aus in die Verwaltungsressorts transportiert zu werden. Er verwies auf die Entwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die von Bundeskanzlerin Merkel engagiert gefördert wird. Ebenso wichtig sei aber auch die Verankerung in der Zivilgesellschaft. Die Bundesregierung habe dabei sehr viele Empfehlungen des zivilgesellschaftlichen Rates für nachhaltige Entwicklung aufgenommen. Nach wie vor sei der Rat das Bindeglied zur Praxis, und übe starken Ein-

fluss aus. Ein ebenso wichtiges Gremium auf nationaler Ebene sei der Parlamentarische zivilgesellschaftliche Rat im Bundestag, der sowohl Kritik als auch inhaltliche Empfehlungen einbringe. Erreicht wurde inzwischen eine Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages, die für jedes Gesetzesvorhaben nun eine Nachhaltigkeitsprüfung vorsieht.

Auf Hamburg übertragen kann man folgende Ergebnisse zusammenfassen:

- Angesichts des umfassenden Anspruchs einer Nachhaltigkeitsstrategie einerseits, aber der tatsächlich nur begrenzten Wirksamkeit der bisher bekannten Strategien andererseits muss von Anfang an das **Verhältnis der Nachhaltigkeitsstrategie zu anderen Politikzielen** und –Strategien geklärt werden. Das gilt vor allem für ein Nebeneinander von verschiedenen politischen Leitbildern. Es muss von Beginn an der Stellenwert der Nachhaltigkeitsstrategie für die politische Planung und das staatliche Handlungsprogramm, also die Steuerungsfunktion festgelegt werden.
- Der staatlich-zivilgesellschaftliche **Dialogprozess** ist eine schwierige Aufgabe: Es ist ein Mittelweg zu finden zwischen zu einseitiger inhaltlicher wie verfahrensmäßiger Vorstrukturierung durch die Regierung einerseits und einer zu breiten und/oder un-strukturierten Debatte, die ihr Ziel, mit zumutbarem Aufwand ein gemeinsames tragfähiges Ergebnis zu erreichen, gefährdet. Die grobe „Marschrichtung“ sollte in einem kleineren, aber gemischten Gremium (Senats- und Verbandsvertreter) vorab festgelegt werden.
- Die Frage, **welche Schwerpunkte**, Handlungsfelder, Oberziele eine Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie bearbeiten soll, sollte so rational und nachvollziehbar wie möglich beantwortet werden. Hier sind Kriterien gefragt, die sich einerseits an den Stadt-spezifischen Themen, andererseits an der Zukunftsorientierung jeder Nachhaltigkeitsstrategie orientieren.
- Zur Erhöhung der **Verbindlichkeit einer Nachhaltigkeitsstrategie** bietet sich eine für die Evaluierung und Fortentwicklung der Strategie federführende Einrichtung an, die aus zivilgesellschaftlichen Akteuren und Verwaltungsangehörigen besteht und nicht an die Legislaturperiode gebunden ist. Aber auch ein fraktionsübergreifender parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung kann gegenüber der Regierungspolitik eine motivierende und mahnende Funktion ausüben. Schließlich wäre, (wie auf Bundesebene) auch ein zwingender Nachhaltigkeits-Check bei jedem Gesetzentwurf ein hilfreiches Instrument. (Derzeit gibt es in Hamburg die Prüfung auf Haushalts-, Klima- und Familien-Auswirkungen)

Letztlich kann allerdings auch eine in aufwändigem Dialog beschlossene Nachhaltigkeitsstrategie die demokratische Wahllegitimation des Parlaments nicht außer Kraft setzen. Je „besser“ (transparenter, begründeter, realistischer usw.) die Nachhaltigkeitsstrategie, desto größer ist aber auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie in einer neuen Legislaturperiode auch bei anderen Mehrheitsverhältnissen fortgesetzt wird. Das hat die Bundesebene gezeigt.

Für Rückfragen: Dr. Dirka Griebhaber 0162-617 3638